

EVG-WAHLCHECK ZUR EUROPAWAHL 2024:

*Verkehrspolitische Bewertung
der Europawahl-Programme von
CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD, DIE LINKE, FDP und BSW*



EVG-Wahlcheck zur Europawahl 2024: Verkehrspolitische Bewertung der Europawahl-Programme von CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE, FDP und BSW

Am 9. Juni 2024 finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Es war wohl selten so wichtig wie jetzt, wählen zu gehen: Für ein demokratisches Europa und eine lebenswerte EU, in der die Rechte der Arbeitnehmer:innen zählen und eine gemeinsame Verkehrspolitik die Mitgliedsstaaten verbindet und das Klima schützt.

Wir als EVG fordern eine umwelt- und klimagerechte Verkehrspolitik in Europa für ein leistungsfähiges und nachhaltiges Mobilitätssystem mit guten, sicheren und sozial gerechten Arbeitsplätzen. Bahnen und Busse sind die Lösung, um die Klimaschutzziele im europäischen Verkehrssektor zu erreichen.

Hier können die verkehrspolitischen EVG-Wahlforderungen in einer Lang- und einer Kurzfassung heruntergeladen werden:

EVG-Wahlforderungen
Kurzfassung 



EVG-Wahlforderungen
Langfassung 



Inzwischen haben die Parteien ihre Wahlprogramme beschlossen. Der DGB hat bereits einen umfangreichen **Wahlcheck zur Europawahl 2024** mit einem Vergleich der gewerkschaftlich wichtigen Themen veröffentlicht. 



Als EVG haben wir die Programme von CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE, FDP und BSW * noch einmal gesondert unter die verkehrspolitische Lupe genommen. Ansätze, die in unserem Sinne sind, haben wir dabei grün markiert, Inhalte, die in Konflikt mit unseren **Wahlforderungen**  stehen, sind in Rot gehalten. So ist auf einen Blick sichtbar, welche der Parteien sich in den kommenden fünf Jahren im EU-Parlament für die Anliegen der EVG-Mitglieder einsetzen wollen.

* Parteien-Reihenfolge nach den Ergebnissen der Europawahl 2019; Parteien-Auswahl analog zum DGB: im Bundestag vertretene Parteien außer AfD (siehe dazu auch Seite 12 des DGB-Wahlchecks zur Europawahl)



Wahlprogramm von
CDU/CSU
hier ansehen



Die Unionsparteien bleiben in ihrem Wahlprogramm sehr allgemein: Sie sprechen sich dafür aus, Wirtschaft, Energie und Klima als Einheit zu denken, nicht als Gegensätze. Den Klimaschutz wollen sie gemeinsam mit den Menschen und den Betrieben gestalten, nicht gegen sie. Alle Sektoren sollen dabei unterstützt werden, ihre Produktionsweisen klimafreundlich umzubauen.

Die Bahn wird nur im Kontext der Zusammenarbeit mit den mittel- und osteuropäischen Staaten erwähnt: CDU und CSU fordern **Schnellzugverbindungen nach Polen oder Tschechien**. Darüber hinaus setzen sie auf den **Ausbau der Verkehrsinfrastruktur**. Transeuropäische Verkehrsnetze sollen weiter ausgebaut werden – auch zur Stärkung der militärischen Mobilität.

Mobilität bedeutet für CDU und CSU individuelle Freiheit – gerade für Menschen auf dem Land. Deswegen wollen sie die aktuelle Gültigkeitsdauer der **Pkw-Führerscheine** beibehalten und lehnen die Einführung von medizinischen Tests für ältere Menschen ab.

Für den **„sauberen Verbrennungsmotor“** wollen CDU und CSU eine Zukunftsperspektive schaffen. **Das EU-Gesetz zum Verbrenner-Aus ab 2035 soll wieder abgeschafft werden, der Verbrennungsmotor als deutsche Spitzentechnologie erhalten** und technologieoffen weiterentwickelt werden. **Synthetische Kraftstoffe spielen dabei aus ihrer Sicht eine zentrale Rolle**, es sollen aber keine Technologien vorgeschrieben werden.

CDU und CSU setzen auch hinsichtlich Wirtschaft, Energie und Klimaschutz auf **Technologieoffenheit**. Sie stehen zum Ziel der Klimaneutralität in Europa bis 2050, wollen auf innovative Konzepte sowie auf marktbasierende Instrumente setzen: **mit Emissionshandel**, sozialem Ausgleich, dem Ausbau erneuerbarer Energien, Energieeffizienz und einer Kreislaufwirtschaft. In Innovationen für saubere Technologien soll investiert werden. **Der Green Deal soll im Sinne einer größeren Wirtschaftsfreundlichkeit weiterentwickelt werden**. Zum Energiemix gehören für die Unionsparteien sowohl erneuerbare Energien **als auch Kernkraft**. Sie wollen Europa als Forschungsstandort für innovative Kerntechniken etablieren.



Die Grünen sprechen sich für eine **Modernisierung des europäischen Bahnnetzes** sowie **grenzüberschreitend moderne, gut ausgebaute Schienenwege und attraktive Züge**, ein engmaschiges Netz an Radwegen und Radrouten, barrierefreien Fußgängerverkehr, den Ausbau der E-Ladeinfrastruktur, ein sicheres Straßennetz, klimafreundlichen Flug- und Schiffsverkehr sowie **attraktive Angebote, um verschiedene Verkehrsträger zu kombinieren**, aus.

Darüber hinaus soll der **Ausbau der Transeuropäischen Netze Verkehr (TEN-V)-Schiene deutlich schneller** und mit einem höheren Finanzierungsanteil der EU geschehen.

Für die **Verlagerung von Gütern auf die Schiene** und die Binnenschifffahrt sollen **Anreize** unter anderem durch **Schnellverladeterminale für Kombinierte Verkehre** geschaffen werden.

Der **barrierefreie Nachtzugverkehr** soll massiv ausgebaut werden.

Beim **Ticketvertrieb** fordern die Grünen die **konsequente Umsetzung des Open-Data-Prinzips**, damit **Buchungsplattformen anbieterübergreifende Ticketing-Systeme mit grenzüberschreitend durchgehenden Fahrkarten anbieten können**. Davon sollen insbesondere Sharing-Modelle und die Kombination verschiedener Verkehrsmittel, zum Beispiel E-Bike und Bahn oder Park and Ride, profitieren. Europaweit soll das Flatrate-Prinzip im ÖPNV nach dem Vorbild des Deutschlandtickets gestärkt werden.

Die Grünen setzen sich außerdem für eine **europäische Fahrradstrategie** ein, die auch den Bau sicherer Fahrradwege und die Förderung der privaten und gewerblichen Nutzung von Lastenrädern umfasst.

E-Fuels unterstützen die Grünen für den Schiffs- und Luftverkehr, **jedoch nicht im Straßenverkehr**. Grünen Wasserstoff wollen sie im Straßenverkehr nur im Bereich der schweren Nutzfahrzeuge fördern. Für die Antriebswende hin zum E-Auto sollen ausreichend Ladepunkte für Pkw und Lkw an Fernstraßen und im ländlichen Raum errichtet werden. Neue Pkw und andere Verkehrsmittel sollen schon in der Herstellung und Entwicklung durch Effizienzstandards stärker an **Kreislaufwirtschaft** sowie genereller Energie- und Ressourceneffizienz orientiert werden.

Im **Flugverkehr** fordern die Grünen die EU-weite **Einführung einer Luftverkehrsabgabe**, deren Einnahmen dem EU-Haushalt zugutekommen sollen.

Zur Stärkung der Verkehrssicherheit wollen sie kommunale Entscheidungshoheit über Tempo 30 und ein **EU-weites Tempolimit** auf übergeordneten Straßen.



Wahlprogramm der
SPD
hier ansehen



SPD

Die SPD will in den **Bau und Ausbau europäischer Bahnstrecken** investieren und die Voraussetzungen für einen Europatakt schaffen, der neben der **Steigerung der Pünktlichkeit auch die Anbindung an europäische Netze** in den Vordergrund stellt.

Bahnfahren soll innereuropäisch günstiger und attraktiver als Fliegen sein.

Der **klimafreundliche Nachtzug** soll aktiv gefördert und ein europäisches Nachtzugnetz aufgebaut werden.

Güterverkehr soll in wesentlich **größerem Umfang von der Straße auf die Schiene verlagert werden**; dafür benötigt der Schienengüterverkehr in der EU höhere Kapazität, Zuverlässigkeit, Verfügbarkeit und einen nahtlosen grenzüberschreitenden Betrieb. Um dies zu erreichen, will die SPD eine **EU-weite Förderung zur flächendeckenden Einführung der Digitalen Automatischen Kupplung (DAK)** vorantreiben.

Allgemein befürwortet die SPD eine **europäische Mobilitätswende** in allen Verkehrsbereichen, um den Bürger:innen zu ermöglichen, auf klimafreundlichere Verkehrsmittel umzusteigen. Hierfür soll elektro- und wasserstoffbetriebener Mobilität der Weg bereitet werden. Konkret sollen mindestens alle 60 Kilometer E-Schnellladestationen und alle 200 Kilometer Tankstellen für Wasserstoff aufgebaut werden.

Außerdem sollen durch EU-Mittel **Shared-Mobility-Angebote** und autonomes Fahren gefördert werden.

Die CO₂-Emissionen im Flug- und Schiffsverkehr möchte die SPD durch nachhaltige Kraftstoffe drastisch reduzieren. In der Produktion nachhaltiger Flug- und Schiffskraftstoffe sollen europaweit so mehr als 200.000 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen.



Wahlprogramm von
Die Linke
hier ansehen



Die Linke

Aus Sicht der Linken ist der **öffentliche Nah- und Fernverkehr der Schlüssel zur Verkehrswende** und muss in der ganzen EU ausgebaut werden.

Eine gut ausgebaute Bahn mit einem **integrierten Bahnnetz** sei die Voraussetzung für die Mobilitätswende – und diese gibt es aus Sicht der Linken nur in **öffentlicher Hand und ohne Wettbewerb**. Die EU dürfe die **Trennung von Bahnbetrieb und -infrastruktur nicht weiter vorantreiben**. Durch Ausschreibungspflichten forcieren die EU Privatisierungen, was gestoppt werden müsse. **Direktvergaben** sollten weiterhin möglich sein.

Bahntickets **sollen mit öffentlichen Subventionen günstiger gemacht werden**. Um ein einfacheres Buchungssystem zu erreichen, wird die Gründung einer europäischen Gesellschaft gefordert, die für eine bessere Zusammenarbeit zwischen den nationalen Bahngesellschaften sorgt und damit eine **gemeinsame Buchungsplattform, koordinierte Fahrpläne und eine Ausweitung des grenzüberschreitenden Verkehrs** schafft.

Der **Güterverkehr** soll reduziert und der wesentliche Teil des restlichen Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene verlagert werden. Letzteres soll erreicht werden durch die **verpflichtende Umsetzung und Erhöhung der Lkw-Maut** in allen EU-Mitgliedsstaaten. Dadurch könne der Schienengüterverkehr gegenüber dem Lkw-Verkehr erhebliche Kostenvorteile gewinnen. Die Einnahmen aus der Lkw-Maut sollten wie in der Schweiz der Förderung des Güterverkehrs zugutekommen. Eine Stärkung des Schienengüterverkehrs erhofft man sich auch von der **Umsetzung des europäischen Transportnetzes Schiene** sowie der technischen und rechtlichen Harmonisierung des EU-Eisenbahnverkehrs. Große Industrie- und Gewerbegebiete sollen **verpflichtend angemessene Gleisanschlüsse** erhalten.

Die Förderung für den klimaschädlichen Flug- und Autoverkehr soll abgeschafft werden. Unterstützung für die Seefahrt müsse an soziale und ökologische Bedingungen gekoppelt werden.

Um die Klimaziele zu erreichen, will die Linke den **Autoverkehr drastisch reduzieren und bezahlbare, klimafreundliche Alternativen ausbauen**. Sie fordert eine Begrenzung des Autogewichts von Neuwagen auf zwei Tonnen. Verkehr solle nicht in den Emissionshandel einbezogen werden, eine pauschale Bepreisung von CO₂ im Individualverkehr lehnt die Linke ab. Ferner spricht sie sich gegen den von der EU forcierten Ausbau von Wasserstoff-Infrastruktur für den Individualverkehr und gegen den Erhalt aller Tankstellen unter dem Schlagwort „Technologieoffenheit“ aus. **Wichtiger als der Ausbau öffentlicher E-Ladesäulen sei der Ausbau des öffentlichen Verkehrs**.



Wahlprogramm der
Freien Demokraten
hier ansehen



Die FDP möchte sich für **faire Wettbewerbsbedingungen auf der europäischen Schiene** einsetzen. Für interessierte Unternehmen fordert sie den freien Zugang in alle europäischen Eisenbahnnetze und will zu diesem Zweck einen entsprechenden Anlauf zur Weiterentwicklung der bisherigen Eisenbahnpakete machen. Sie will einen konsequenten Ausbau der **Transeuropäischen Eisenbahnnetze** mit dem Ziel eines europäischen Hochgeschwindigkeitsnetzes.

Netz und Betrieb sollen getrennt, Schienennetze und Ticketsysteme harmonisiert, und das **Euro-päische Eisenbahnverkehrsleitsystem (ERTMS) flächendeckend eingeführt** werden. Zudem soll ein EU-Standard für Magnetschwebbahnen geschaffen werden.

Den **Luftverkehr** will sie **ohne Verbote und zusätzliche Steuern und Abgaben** bis 2050 klimaneutral machen. Das wirksame Instrument für die Bepreisung von CO₂-Emissionen im Luftverkehr seien der Emissionshandel und das „Carbon Offsetting and Reduction Scheme for International Aviation“ (COR-SIA, zu Deutsch „Kohlenstoffkompensations- und

Reduktionsprogramm für die internationale Zivilluftfahrt“). **Die Rahmenbedingungen für den Einsatz von Lufttaxi und Drohnen** will die FDP verbessern.

Verbrennungsmotoren sind aus Sicht der FDP nicht per se klimaschädlich, sondern deren Betrieb mit fossilen Kraftstoffen. **Alternative Kraftstoffe wie E-Fuels sollen deshalb sowohl als Reinkraftstoff als auch als Beimischung zulässig sein, um Verbrennungsmotoren klimafreundlich zu machen. Ein Verbot von Verbrennern lehnt die FDP ab.**

Die FDP setzt **praktisch ausschließlich auf Emissionshandel, Technologieoffenheit und Rahmenbedingungen für den Aufbau von Infrastruktur, um die europäischen Klimaziele zu erreichen.** Der Emissionshandel sei das effektivste und effizienteste Klimaschutzinstrument, da er ein klares Treibhausgaslimit vorgebe. Mittelfristiges Ziel sei eine **einheitliche CO₂-Bepreisung**. Kleinteilige Regulierungen wie die **Ökodesign-Verordnung und die Ökodesign-Richtlinie** oder **zusätzliche CO₂-Bepreisungen durch Energiesteuern lehnt die FDP ab.** Ordnungsrechtliche Maßnahmen wie die CO₂-Flottengrenzwerte werden ebenfalls abgelehnt und sollen

ersatzlos abgeschafft werden. Neben dem Emissionshandel würden Rahmenbedingungen für den Aufbau von Infrastruktur vollkommen ausreichen.

Für die FDP ist der **Pkw-Führerschein** „gelebte Freiheit“. Er ermögliche Mobilität, gerade im ländlichen Raum. Daher solle das Mindestalter zum Erwerb eines Führerscheins gesenkt und **begleitetes Fahren bereits ab 16 Jahren** ermöglicht werden. Einschränkungen für Senior:innen durch verpflichtende regelmäßige Gesundheitstests als Voraussetzung für die Verlängerung des Führerscheins werden abgelehnt.

Die FDP fordert eine **Regulierungspause beim Green Deal**. Unternehmen bräuchten zunächst ausreichenden Spielraum, um die bereits festgelegten Ziele umzusetzen.

Klimaschutz kann aus Sicht der FDP nur international gelingen. Europa spiele sowohl in den internationalen Verhandlungen als auch im heimischen Klimaschutz eine zentrale Rolle. Ziel müsse es daher sein, schnellstmöglich ein **internationales Emissionshandelssystem** zu etablieren.



Wahlprogramm des
Bündnis Sahra Wagenknecht
hier ansehen



Bündnis **Sahra** Wagenknecht

Das BSW will **Hochgeschwindigkeitsstrecken** zwischen den europäischen Hauptstädten, da diese die **Mobilität** sowie den europäischen Zusammenhalt ebenso fördern wie den Klimaschutz.

Die Daseinsvorsorge sieht das BSW ausschließlich in öffentlicher Hand: Öffentliche, **gemeinwohlorientierte Dienste** sollen gestärkt und die Privatisierung und Kommerzialisierung existenzieller Dienstleistungen wie Wohnen, Wasser- und Energieversorgung gestoppt werden. Auch ein wohnortnahes Gesundheitswesen und **Mobilitätsangebote** sollen frei von dem Druck arbeiten können, Rendite erwirtschaften zu müssen.

Das BSW will **EU-Haushaltsmittel** für **sinnvolle Ziele und Maßnahmen** einsetzen, die eine **grenzüberschreitende Kooperation** von Mitgliedstaaten in den Bereichen Forschung, **Verkehr** oder beim **Aufbau der Infrastruktur** fördern.

Der Versuch, **Menschen über Verteuerungen zum Beispiel von Kraftstoff „umzuerziehen“**, anstatt preiswerte, verlässliche und flächendeckende Alternativen zur Verfügung zu stellen, schade der Akzeptanz des Klimaschutzes. Deswegen wird der **Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs** und die **Förderung emissionsarmer Produktionsketten** gefordert. Ein **EU-weites Programm für den Ausbau und die Sanierung öffentlicher Infrastruktur** und Gebäude, in Kombination mit einer Abnahmegarantie für in Europa produzierten grünen Stahl sieht das BSW als weitere Maßnahmen, die die Wirtschaft ankurbeln und dem Klima helfen würden.

Die **Europäische CO₂-Bepreisung** und den **CO₂-Emissionshandel** will das BSW **abschaffen**, da er unter den heutigen Rahmenbedingungen kein wirksames Instrument für mehr Klimaschutz sei. Stattdessen sollen **Investitionen in den ÖPNV** und die **öffentliche Infrastruktur** sowie die **aktive Förderung emissionsarmer Technologien** erfolgen.

Das BSW fordert eine Klima-, Energie- und Technologiepolitik, die Treibhausgase im Verkehrssektor durch Einsparziele **technologieoffen** mindert, statt den **ökologischen Umbau mit Maßnahmen wie dem Verbrenner-Aus ab 2035 und Energiesanktionen** zu erschweren.

Verbrennerautos sollen nicht verboten werden. Auflagen zur Entwicklung verbrauchsärmerer Modelle oder bezahlbarer klimaneutraler Brennstoffe seien eine sinnvollere Strategie, zumal so der Fortbestand einer wichtigen heimischen Industrie inklusive vieler Arbeitsplätze gesichert werden könne.